

Arm und ausgebeutet im „Land der Chancen“

ZUWANDERUNG IN BRASILIEN UND IM MERCOSUR

Ana Cristina Braga Martes und Maurício Custódio Serafim

Einführung

Die vorliegende Abhandlung soll einen Beitrag zur Bewältigung der Zuwanderung von Arbeitnehmern nach Brasilien leisten. Insbesondere werden Politikstrategien, mit deren Hilfe die größten Probleme im Zusammenhang mit der heutigen internationalen Migration abgefangen werden können, erarbeitet. Praktisch die Hälfte der brasilianischen Grenzstrecke verläuft zu Ländern des so genannten erweiterten MERCOSUR (Mercado Comum do sul, Gemeinsamer Markt des Südens), wozu Bolivien und Chile zählen. Die Grenzgebiete und Hauptstädte der brasilianischen Bundesstaaten, speziell São Paulo, ziehen den überwiegenden Teil der Zuwanderung an und stehen daher im Mittelpunkt der Untersuchung. In den Großstädten und an den Grenzen sind somit auch die größten Probleme zu lösen.

Da Südamerikaner den größten Teil der zuletzt zugewanderten Arbeitskräfte stellen, steht besonders deren Verteilung innerhalb Brasiliens im Mittelpunkt dieser Studie. Anschließend wird auf die Bolivianer in São Paulo eingegangen. Diese stellen den größten Anteil an Zuwanderern, die in letzter Zeit nach Brasilien gekommenen sind. Es wird analysiert, wie sie vom Arbeitsmarkt aufgenommen wurden, der im Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierung und der damit verbundenen Auslagerung von Leistungen, dem so genannten *Outsourcing*, steht. Das Fallbeispiel der Bolivianer deutet also möglicherweise auf eine Tendenz hin, die durch Umgestaltung der brasilianischen Produktionsstrukturen eingeleitet wurde, und verdient daher eine nähere Betrachtung. Außerdem werden Handlungsvorschläge und Lösungsansätze für die Politik der Stadt São Paulo und im MERCOSUR unterbreitet, die die im Verlauf der Untersuchung deutlich gewordenen Probleme betreffen. Zum Abschluss wird der Versuch unternommen, die wichtigsten Herausforderungen für die Bewältigung und Handhabung der internationalen Migration in Brasilien herauszuarbeiten.

Jüngste Migrationsströme

Brasilien war und ist ein Einwanderungsland. Möglicherweise erklärt sich dies aus der guten makroökonomischen Entwicklung des Landes in den letzten 15 Jahren, doch auch andere Maßnahmen haben erkennbar dazu beigetragen, dass besonders Flüchtlinge und Opfer politischer Verfolgung ins Land kamen.

Die jüngste Einwanderung nach Brasilien folgt vier Mustern:

- *Politisch Verfolgte* (1970 bis 1980): Freiberufler, Fachkräfte und Dienstleister (Argentinier, Chilenen, Uruguayer). Noch heute bilden sie die drei Gemeinschaften mit der besten Schulbildung (*Statistische Erhebung 2000*, Brasilianisches Institut für Geografie und Statistik, IBGE).
- *Flüchtlinge*: Afrikaner (Angola und Liberia), Kolumbianer, Asiaten (Afghanistan).
- *Zuwanderung von Fachkräften* (bis heute): Qualifiziertes Personal multinationaler und transnationaler Unternehmen sowie Freiberufler; dokumentiert durch Arbeitsministerium und Bundespolizei; vorwiegend Europäer und Lateinamerikaner (besonders Argentinier).
- *Arbeitsmigration* (1970 bis heute): Gering qualifizierte Arbeitskräfte mit niedrigem Schulabschluss; freiwillige, jedoch nicht erfasste Migration; vorwiegend Südamerikaner (Bolivianer, Paraguayer, Peruaner und Chilenen), aber auch Afrikaner (besonders aus Angola und Mosambik).

In den Jahren der Militärdiktaturen in Lateinamerika kamen Argentinier, Uruguayer und Chilenen auf der Flucht vor der politischen Verfolgung in ihren Heimatländern nach Brasilien. Es waren vor allem Vertreter der freien Berufe aus der Mittelschicht, die hier aufgenommen wurden und anspruchsvolle Arbeit sowie akademische Anerkennung fanden. Ihre Wahl fiel vor allem wegen der vorhandenen sozialen und beruflichen Verbindungen, der leicht zu erlernenden Sprache und der geografischen Nähe auf Brasilien.

Nach Angaben des Nationalen Flüchtlingskomitees (Conare) des Justizministeriums gibt es derzeit in Brasilien etwa 4.305 Flüchtlinge aus 78 Ländern. Allerdings sind dabei nicht die Kolumbianer berücksichtigt, die in Amazonien die Grenze überqueren. Ihre Zahl wird auf 10.000 bis 15.000 geschätzt. 65 Prozent aller Flüchtlinge sind Afrika-

ner (besonders aus Angola, der Elfenbeinküste, der Republik Kongo und Liberia), 22,16 Prozent kommen vom amerikanischen Kontinent (besonders Kolumbianer), gefolgt von Asiaten (10,41 Prozent, vor allem Iraker und Afghanen) sowie Europäern (2,27 Prozent) (Jinkings, 2010). Mit Ausnahme der Afrikaner sind die Einwanderer meist Familienangehörige von bereits in Brasilien lebenden Migranten. Einigen Afrikanern dient Brasilien als Brücke, um in ihr eigentliches Ziel, die USA, zu gelangen. Viele gehen heimlich an Bord eines Schiffes und stellen bei der Ankunft im Hafen den offiziellen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling mit der Begründung, Opfer von Kriegen und inneren Konflikten zu sein.

Offizielle Daten über die jüngste Zuwanderung nach Brasilien, die Zuwanderer ohne gültige Papiere kaum erfassen können, zeigen vor allem einen Anstieg des Anteils der Europäer. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, dass laut statistischer Erhebung aus dem Jahre 2000 in Brasilien 400.000 Einwohner erklärt haben, in einem Land Europas geboren worden zu sein, während nur etwas weniger als 14.000 erklärten, von Geburt aus den USA zu stammen.

Tabelle 1 - Einwanderer* nach Geburtsland, 2000

Geburtsland	Insgesamt	Anteil (in Prozent)
Mittel- und Südamerika	143.274	21,0
Nordamerika	16.459	2,4
Europa	385.194	56,3
Afrika	15.679	2,3
Asien	121.787	17,8
Ozeanien	571	0,1
Nicht definiert	868	0,1
Insgesamt	683.830	100,0

Quelle: Statistische Erhebung Brasilien 2000, IBGE

* Einwanderer: alle in einem anderen Land geborenen Personen

Die Daten aus der brasilianischen Erhebung basieren auf einem Mindestwert an hier lebenden Ausländer. Tabelle 1 bezieht sich damit auf Fachkräfte, die mit einem Arbeitsvisum ihrer Firma nach Brasilien einreisen, sowie auf politisch verfolgte Freiberufler, die bereits einen offiziellen Aufenthaltsstatus erlangt haben. Sie enthält auch koreanische Einwanderer. In den sechziger Jahren reisten nach und nach Tausende Koreaner offiziell in Brasilien ein. Politische und sozioökonomische Interessen der koreanischen Regierung beförderten die Auswanderung nicht nur nach Brasilien, sondern auch in andere Länder Lateinamerikas. Damit sollten demografische Probleme (Bevölkerungsüberschuss) und Arbeitslosigkeit im Land bekämpft und Verbündete in der nicht kommunistischen Welt gewonnen werden. Heute leben 50.000 Koreaner aus den Regionen Kyungsan-Do, Seoul und Kyungki-Do in Brasilien, vor allem in der Stadt São Paulo. Sie arbeiten in der Konfektionsbranche, die früher von jüdischen Einwanderern beherrscht war.

Immer mehr Menschen kommen heutzutage als Arbeitsmigranten ohne gültige Papiere nach Brasilien. Das macht es äußerst schwierig, Zahlen und Statistiken der Regierung für Untersuchungen zu verwenden.

Südamerikaner in der Mehrzahl

Räumlich konzentriert sich die Arbeitsmigration in den Hauptstädten der Bundesstaaten und in den Grenzgebieten. Am stärksten ist sie in São Paulo, doch seit einiger Zeit kommen auch Zuwanderer nach Manaus (Bundesstaat Amazonas), Campo Grande (Mato Grosso do Sul), Boa Vista (Acre) und Rio de Janeiro (Rio de Janeiro). Dort werden Arbeitskräfte für ausgelagerte Leistungen der Unternehmen und häusliche Dienstleistungen nachgefragt. An den Grenzen (hauptsächlich Bundesstaaten Roraima und Acre) bestehen dagegen Chancen auf Arbeit im Handel und in der Landwirtschaft. An den Dreiländergrenzen (Foz de Iguaçu im Bundesstaat Paraná, Corumbá in Mato Grosso do Sul, Tabatinga im Amazonasgebiet) werden auch Geschäfte betrieben, die Schmuggel und Drogenhandel einschließen.

São Paulo ist die brasilianische Stadt mit der größten Zahl an Neuzuwanderern, doch auch andere Städte sind das Ziel Hunderter Lateinamerikaner. Das Pastoralzentrum für Immigration, das so genannte Pastoral do Migrante, schätzt die Zahl der Peruaner in Man-

aus auf 40.000. Die meisten von ihnen haben keine gültigen Papiere. Die Zahl der Bolivianer in Guajará-Mirim (Rondônia) beziffert das Pastoralzentrum auf mindestens 10.000, davon 7.500 ohne Papiere. In Campo Grande (Mato Grosso do Sul) leben etwa 10.000 Paragauer und davon wiederum 2.900 ohne Papiere.

Kolumbianische Einwanderer unterscheiden sich von den anderen nicht nur wegen der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Bedingungen in ihrem Heimatland. Neben Arbeitsmigranten leben in Brasilien Flüchtlinge und Vertriebene, also Opfer interner Konflikte insbesondere mit den kolumbianischen FARC-Rebellen.

An der Grenze zu Venezuela war die in den neunziger Jahren einsetzende Zuwanderung in Roraima mit der „landwirtschaftlichen Grenze“ und der Gewinnung von Gold- und Diamanten verbunden (Oliveira, 2006). Offiziellen Angaben zufolge wandern mehr Brasilianer nach Venezuela aus als Venezolaner nach Brasilien kommen. Jedoch sind die Pendler zu nennen, die wegen der Entdeckung neuer Goldvorkommen und wegen der wirtschaftlichen Instabilität beider Länder die Grenze überqueren.

An der Grenze zu Guyana zieht es die Einwanderer vor allem nach Bonfim, wo nach Aussagen der Einwohner und örtlichen Behörden etwa 70 Prozent der Bevölkerung aus Guyanern besteht. In Boa Vista im Bundesstaat Acre sind Guyaner auf dem informellen Arbeitsmarkt sowie als Hausangestellte und auf dem Bau tätig. Auch an dieser Grenze gibt es viele brasilianische und guyanische Pendler, die Waren verkaufen, Gold bzw. Diamanten schürfen wollen oder auf der Suche nach besserer Gesundheitsversorgung und Bildung sind (Oliveira, 2006).

Bolivianer in der Bekleidungsindustrie in São Paulo: Fallstudie

Die meisten Zuwanderer, die in letzter Zeit nach Brasilien gekommen sind, sind Bolivianer. Da Bolivien eines der ärmsten Länder Lateinamerikas ist, kommen sie vor allem, um der Armut in den großen Städten und der bescheidenen Subsistenzwirtschaft auf dem Land zu entfliehen (Silva, 2006). Die ersten bolivianischen Einwanderer in Brasilien waren in den fünfziger Jahren junge Menschen aus der Mittelschicht. Seit den neunziger Jahren kamen immer mehr Bolivianer, sodass sie heute einen hohen Anteil der lateinamerikanischen Über-

siedler ausmachen. Zwar gibt es zwischen beiden Ländern viele Ähnlichkeiten, z. B. autoritäre Systeme und wirtschaftliche Instabilität in der Vergangenheit, doch weichen sie im Hinblick auf die Produktionsstruktur und das Bestreben, Zugang zur globalen Wirtschaft zu erhalten, weit voneinander ab. Während Brasilien heute über eine solide Industrie verfügt und die erwerbstätige Bevölkerung vorwiegend im Handel und im Dienstleistungssektor arbeitet, ist Bolivien noch immer Rohstoffproduzent. In diesem Bereich arbeitet mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen. Bolivien hat ein BIP von 19 US-Dollar Milliarden (2009), während es in Brasilien bei 1,8 Billionen US-Dollar (2009) liegt. In Bolivien beträgt der Mindestlohn 212, in Brasilien 376 US-Dollar. Nicht zufällig hat Bolivien mit 210.000 Migranten den vierthöchsten Anteil an der regionalen Migration in Lateinamerika.

Es gibt keine genauen zahlenmäßigen Angaben über die in der Stadt São Paulo lebenden Bolivianer. Die Bundespolizei gibt 18.408 für den gesamten Bundesstaat São Paulo an. Das Konsulat Boliviens (in dem etwa 15.000 Bolivianer gemeldet sind) schätzt, dass es allein in der Hauptstadt des Bundesstaates 60.000 sind. In den Statistiken wird meist nicht zwischen São Paulo und ganz Brasilien unterschieden. Sie stellen sich vereinfacht so dar:

Brasilien und São Paulo

- Justizministerium: 80.000 Bolivianer (mit Papieren und ohne) im Land (damit in letzter Zeit die stärkste Zuwanderungsgruppe);
- Studienzentrum zur Entwicklung der Agrartätigkeit (CEDLA) Boliviens 2005: 250.000 Bolivianer in Brasilien;
- Bundespolizei: 18.410 im Bundesstaat São Paulo;
- Bolivianisches Konsulat (etwa 15.000 gemeldete Bolivianer): schätzt die Zahl der Bolivianer in der Stadt São Paulo auf 60.000.

Die Literatur und die verfügbaren Statistiken enthalten folgende soziodemografische Angaben über die Bolivianer: Den größten Anteil haben Jugendliche beiderlei Geschlechts. In der Stadt São Paulo sind 44 Prozent der Bolivianer Frauen und 56 Prozent Männer. Allerdings hatten noch vor weniger als 15 Jahren Männer einen Anteil von etwa 74 Prozent (Zentrum für Migrationsstudien). Sie sind zwischen 18 und 44 Jahre alt, gehören also zur erwerbsfähigen Bevölkerung. Es gibt etwas mehr Ledige als Verheiratete. Hauptsächlich stammen sie aus La Paz, Cochabamba, Oruro, Potosí (verschiedene Ethnien). Von

19.334 sind 2.567 weniger als vier Jahre, 3.005 zwischen vier und sechs Jahren, 2.957 zwischen sieben und neun Jahren und 10.705 mehr als zehn Jahre zur Schule gegangen. 100 haben keinerlei Bildung und sind Analphabeten (Statistische Erhebung 2000, IBGE). Ihre bevorzugten Ziele sind São Paulo (SP), Rio de Janeiro (RJ), Guajará Mirim (RO) und Corumbá (MS). 30 Prozent arbeiten in der verarbeitenden Industrie, 13,5 Prozent im Gesundheitswesen und bei sozialen Diensten, zehn Prozent im Handel und in Reparaturwerkstätten, 5,8 Prozent im Immobilien- und Dienstleistungsgeschäft, 4,6 Prozent erbringen andere gemeinschaftliche, soziale und persönliche Dienstleistungen, 4,3 Prozent sind Hausangestellte, 3,8 Prozent arbeiten in der Landwirtschaft, 3,7 Prozent auf dem Bau, 3,7 Prozent im Hotel- und Gaststättengewerbe, 3,6 Prozent im Bildungswesen. Die übrigen Branchen machen jeweils weniger als drei Prozent aus (Statistische Erhebung 2000, IBGE). Männer arbeiten im informellen Sektor oder finden eine Stelle im Baugewerbe ohne jeglichen Arbeitsschutz. Frauen arbeiten ebenfalls informell als Hausangestellte. Meist wird Stücklohn gezahlt (verarbeitende Industrie). Näher schaffen es, alle zwei bis drei Monate 100 US-Dollar nach Bolivien zu schicken. In São Paulo leben diese in den Stadtvierteln Brás, Pari, Bom Retiro und Liberdade, zunehmend aber auch in den am Stadtrand gelegenen Vierteln wie Guaianazes, Itaquera und São Miguel. Der wichtigste Weg nach Brasilien ist die Zugstrecke von Santa Cruz de la Sierra nach Corumbá (MS). Von der Grenze in Corumbá geht es dann zu Fuß oder per Taxi weiter.

Es gibt unterschiedliche Gründe dafür, dass Bolivianer nach Brasilien auswandern. Meist handelt es sich um die Aussicht auf ein höheres Einkommen, verbesserte Möglichkeiten und eine größere Chance auf sozialen Aufstieg. Doch auch die Flucht vor familiären Problemen und Abenteuerlust wurden von einigen Befragten als Gründe genannt. Bevor sie nach São Paulo aufbrachen, hatten die meisten von Bolivien aus „schon eine Stelle organisiert“ oder erhielten Hilfe von Bekannten, Freunden oder Familienangehörigen, als sie in der Stadt ankamen. Sehr oft war zu hören: „Der Anfang war schwierig, aber jetzt geht es mir gut.“ Alle berichten von der mühsamen Eingewöhnung, als sie für wenig Geld viel arbeiten mussten (die meisten fangen als Hilfskraft an und verdienen durchschnittlich 110 Dollar pro Monat). Als noch immer bestehende Probleme nannten sie Sprache, Ernährung und Einsamkeit.

Die Nähereiwerkstätten, in denen die meisten Bolivianer arbeiten, wurden ursprünglich von Neuzuwanderern aus Korea für die eigenen Landsleute gegründet. Dann wurden bolivianische Einwanderer eingestellt, von denen viele direkt in Bolivien angeworben bzw. vermittelt wurden. Heute bietet das Gewerbe etwa 150.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze.

Die Existenz und Zunahme ausgelagerter Werkstätten in der Konfektionsbranche ist weltweit festzustellen und hängt mit der Änderung der Produktionsstrukturen seit den siebziger Jahren und dem Globalisierungsprozess in der Produktion zusammen. In Brasilien begann diese Entwicklung erst Anfang der achtziger Jahre. In einigen Ländern wird der Begriff *outsourcing* für die hier beschriebenen Fälle verwendet, doch richtiger wäre es, vom „*Outsourcing des Outsourcings*“ zu sprechen, denn es werden gering qualifizierte Arbeitskräfte eingesetzt und deren Arbeitsrechte beschnitten. Denn die Werkstätten beliefern große Geschäfte in Brasilien wie C&A, Marisa und den Großhandel, der sich in den zentral gelegenen Vierteln der Stadt im Besitz der koreanischen Einwanderer befindet. Das Muster ist relativ einfach: Die großen Geschäfte nehmen rechtsgültige Unternehmen unter Vertrag, die ihrerseits einen Vertrag mit den Werkstätten schließen. Damit können Kosten reduziert und die Verbraucherpreise gering gehalten werden. Doch den Arbeitnehmern werden keine in Brasilien gesetzlich festgeschriebenen Leistungen und sozialen Rechte zugestanden. Außerdem zahlen die Werkstättenbesitzer nicht die entsprechenden Steuern an den Staat.

Nachstehend werden die Ergebnisse der für die vorliegende Untersuchung durchgeführten Befragungen zu folgenden Themen vorgestellt und ausgewertet:

Entlohnung und Arbeitszeit: Alle Befragten gaben an, dass sie einen langen und umfassenden Arbeitsalltag haben. Normalerweise beginne der Arbeitstag um 8 Uhr und dauere bis 21 Uhr, manchmal auch bis Mitternacht. Dazwischen liege eine Stunde Mittagspause. Sonnabends und sonntags erholen sie sich, mit Ausnahme zweier Befragter, die sonnabends von 8 bis 13 Uhr arbeiten. In der Woche arbeiten sie deshalb so viel, weil sie nach Stückzahl bzw. produzierter Einheit bezahlt werden. Der Stückpreis variiert zwischen 0,5 R\$ und vier R\$ (etwa 0,2 bis zwei US-Dollar), Wohnung und Essen sind inbegriffen. Einige halten ihre Entlohnung für gerecht, weil sie der Leistung des

Einzelnen (in Arbeitsstunden) entspricht und weil sie nichts für Essen, Miete, Wasser, Gas und Strom bezahlen müssen. Andere sind mit ihrem Verdienst nicht zufrieden und erst recht nicht mit dem Stücklohn. Doch alle meinen, dass es ihnen jetzt besser geht als in ihrem Heimatland. Als sehr problematisch sehen viele der Befragten den besonders bei Männern und Jugendlichen verbreiteten übermäßigen Alkoholgenuß, andere den Stress infolge von Überbelastung. Möglicherweise hängen die beiden Probleme miteinander zusammen.

Wohnung und Essen: Im Allgemeinen schlafen die Arbeiter in den Fabriken in extra dafür eingerichteten Räumen. Viele berichten aber, dass sie nach ihrer Ankunft in São Paulo neben den Maschinen nächtigen mussten, jetzt allerdings über gute Arbeitsbedingungen verfügen und das Essen annehmbar bis gut sei. In den meisten Werkstätten gibt es eine Köchin, die täglich drei Mahlzeiten für die Arbeiter zubereitet: Frühstück, Mittagessen und Abendessen.

Beschaffenheit der Werkstätten: Sie sind meist klein und haben etwa fünf Maschinen/Arbeitnehmer. Die kleinste Werkstatt hat drei, die größte 15 Maschinen. Die Befragten sehen das größte Problem im Lärm, der durch die Maschinen und auch durch Radios und Fernsehgeräte verursacht wird. Diese laufen den ganzen Tag und sind meist auf bolivianische Programme eingestellt. Die besten Werkstätten verfügen über getrennte Arbeitsräume. Einer der Befragten berichtet von fehlenden Fenstern, aber keiner findet seinen Arbeitsplatz unangenehm, d. h. unsauber oder ohne Licht und Belüftung. Dagegen erzählen fast alle, dass es bei ihrer Ankunft in São Paulo viel schlimmer war. Neuankömmlinge finden eher schlechtere Arbeits-, Lohn- und Wohnungsbedingungen vor und werden stärker ausgebeutet.

Die Arbeitsbeziehungen der Werkstattarbeiter untereinander: Diese werden im Allgemeinen als freundschaftlich und kooperativ geschildert. Doch wenn nicht genügend Arbeit vorhanden ist, wächst die Konkurrenz zwischen den Nähern. In Bezug auf freundschaftliche Beziehungen am Arbeitsplatz scheinen die Befragten im Voraus nicht zu bedenken, mit welchen Kollegen sie bei Eintritt in eine Werkstatt arbeiten werden. In die Werkstatt kommt man mit Hilfe eines „Freundes“. Während der Interviews wird immer wieder beklagt, dass die Bolivianer untereinander nicht sehr einig oder kameradschaftlich sind. Dass die Arbeitskräfte in den Werkstätten sehr häufig wechseln, erschwert sicherlich Freundschaften zwischen den Arbeitnehmern.

Die meisten Werkstätten, in denen die Befragten arbeiten, gehören Bolivianern, manchmal auch Brasilianern. Einige erzählen von Vorurteilen und Fällen von schlechter Behandlung, auch von Seiten der brasilianischen Arbeitgeber. Häufig ist von einer hohen Arbeitsbelastung und von unsicheren Arbeitsverhältnissen die Rede, doch ist in den Berichten auch eine konformistische Einstellung und Hinnahme der eigenen Ausbeutung zu spüren. Einer der Befragten bringt das ganz klar auf den Punkt, wenn er auf die Frage „Fühlen Sie sich hier ausgebeutet?“ antwortet: „Nein, ich war sowieso arm und bin an harte Arbeit gewöhnt. Nichts kommt von allein.“ Um diese Aussage zu verstehen, muss man sie im Zusammenhang mit der noch schlimmeren Lage sehen, in der sich viele in Bolivien vor ihrer Auswanderung befanden.

Ersparnisse, Überweisungen und Eigenverbrauch: Die Mehrzahl der Befragten kann Geld sparen und es manchmal oder sogar regelmäßig nach Bolivien überweisen. Einige sparen und überweisen nichts, weil sie z. B. eine eigene Werkstatt in Brasilien errichten wollen oder das Geld für die Schule der Kinder brauchen. Mit den Überweisungen wird Familienangehörigen in Bolivien geholfen, ihre Ausbildung zu bezahlen oder Nahrung und/oder Medikamente zu kaufen. Andere kaufen mit ihren Ersparnissen Immobilien oder richten sich ein Geschäft ein, das sie nach ihrer Rückkehr betreiben wollen. Die Befragten, die Geld überweisen (etwa 70 Prozent), zahlen zwischen 50 und 100 US-Dollar im Monat ein. Besonders hoch bewertet wird die Möglichkeit, Konsumgüter zu kaufen, die ihnen in Bolivien verwehrt blieben: „Hier kann ich wie alle zum Supermarkt gehen, in Bolivien ist der nur für die Reichen.“ Für viele Befragte ist ein Vorteil der Legalisierung, dass man „ein Konto haben kann, wo man Schecks einreichen und einen Kredit bekommen kann“ und dass man „das Recht hat einzukaufen, in die Geschäfte zu gehen“.

Schwierigkeiten, Korruption und Vorurteile: Ein Befragter berichtet Folgendes: Die Zivilpolizei kam in die Fabrik, als sie noch keine Steuerbelege hatten. Sie stellte alle Waren sicher und beschuldigte sie des unerlaubten Handels und der Geldwäsche. Beim Verhör in der Polizeidienststelle wurde der Besitzer gefragt: „Wollen Sie keine Probleme mehr mit der Polizei? Dann zahlen Sie 10.000 R\$“ (Dies sind etwa 5.000 Dollar.) Als er angab, das Geld nicht zu haben, fragten sie: „Was haben Sie dann?“ „Nichts“, sagte der Besitzer. Daraufhin blieb alles beschlagnahmt, und „unser Vertragspartner sagte, dass er

das mit der Polizei regeln würde.“ – Immer wieder versuchen Polizisten Vorteile aus der Illegalität der Werkstätten oder der nicht vorhandenen Papiere bei den Einwanderern zu schlagen. Am schlimmsten finden es die Befragten aber, wenn sich die Kinder diskriminiert fühlen: „Sie nennen sie Indios aus Bolivien, das tut weh. Ich habe hier große Angst.“ Es kommt auch vor, dass sie um den Lohn ihrer Arbeit gebracht werden: „Manchmal bekommen wir kein Geld und haben niemanden, bei dem wir uns beschweren können.“

Familiäre und psychologische Probleme: Migranten erleben einen schweren Eingriff in die Familienstruktur. Es gibt zahlreiche Trennungen, auch Fälle, bei denen die Ehe bald nach der Ankunft in Brasilien aufgelöst wurde. Doch treten auch verfrühte Familiengründungen und Schwangerschaften bei Jugendlichen auf. Aus den geführten Interviews geht hervor, dass es oft Gewalt in der Familie, Vereinsamung, Alkoholismus und andere Probleme gibt, die sich meist aus emotionaler Instabilität und Stress ergeben. Isoliertheit, Ausschluss und Arbeitsüberlastung vermischen sich mit Zukunftsangst und Ernüchterung im „Land der Chancen“. Viele bekommen Depressionen und versuchen, die Leere auszufüllen, indem sie sich von der Gesellschaft abwenden, die sie ausschließt. Oder sie suchen nach einem religiösen Ausweg, der ihnen Hoffnung gibt.

Nach Aussagen der Befragten stehen sie vor zwei Hauptproblemen. Zuerst werden die Entlohnung und Zwischenhändler genannt. Fragen wie „Ist der Lohn gerecht?“ oder „Kennen Sie Ihre Rechte“ sagen einigen nichts: „Ich weiß nicht, aber das zahlen sie eben. [...] Rechte, welche Rechte?“ Diejenigen, die sich besser ausdrücken können, meinen, dass der Stücklohn höher sein müsste und könnte, wenn die Zwischenhändler nicht wären. Immer wieder bringen sie den Wunsch zum Ausdruck, ihr eigenes Geschäft zu eröffnen, besonders Nähereien. Offenbar gibt es außer den Nähereien kaum eine Perspektive, und die einzige Aufstiegschance wäre daher eine eigene Werkstatt.

Das zweite Problem besteht in den fehlenden Papieren und dem damit verbundenen Leben in Angst sowie in den fehlenden Rechten. Alle sagen, dass die größte Schwierigkeit die fehlenden Papiere sind. Doch sonderbarerweise ist für sie der größte Vorteil einer Legalisierung, keine Angst mehr zu haben. Diese Angst wird ihnen unverkennbar auch von den Werkstattinhabern eingeflößt, die selbst nicht gesetzestreu handeln und vom Angestellten angezeigt werden

könnten. Außerhalb der Werkstätten ist für sie das größte Problem ihre generell unsichere Situation in Brasilien: „Am schlimmsten sind die Überfälle und wenn die Zivilpolizisten die Bolivianer provozieren.“ Für manche würden offizielle Papiere bedeuten, dass sie Rechte ausüben und ein eigenes Unternehmen aufbauen könnten. Das ist aber nicht die mehrheitliche Auffassung.

Silva (2006) zufolge trugen auch die hohen Kosten dazu bei, dass sich die Zahl der Legalisierungen verringert hat. Auch gibt es Widerstand von Seiten der Arbeitgeber, die am illegalen Status ihrer Angestellten interessiert sind, da sie die Ausbeutung auf diese Weise maximal betreiben können. Die Haupthindernisse, offizielle Dokumente zu bekommen, sind: (a) Langwierigkeit des Verfahrens: Der Antrag geht an die örtliche Polizei, dann an die Bundespolizei (in Brasília) und wird danach an das Justizministerium weitergeleitet, wo das Aufenthaltsvisum ausgestellt wird; (b) Schwieriger Einkommens- und Arbeitsnachweis: Weil die Arbeitgeber Kontrollen des Arbeitsministeriums oder Forderungen der Arbeitnehmer fürchten, weigern sie sich, den Nachweis für ihre Angestellten auszustellen; (c) Kosten der Dokumente: etwa 120 R\$ pro Person (60 US-Dollar). Wer früher bei der Bundespolizei aktenkundig war, kommt mit den Geldstrafen auf 1.000 R\$ (etwa 500 US-Dollar).

Der legale Status ist die Grundvoraussetzung, damit eine eigene Werkstatt aufgebaut, ein Bankkonto eröffnet oder ein Kredit aufgenommen werden kann.¹ Doch gibt es auch Beweggründe, sich nicht legalisieren zu lassen, weil (1) ein Dokument die Rechte nicht sichert, falls der Arbeitgeber es bei Vorlage nicht registriert, (2) der Werkstattbesitzer die Reise der Bolivianer nach Brasilien bezahlt und ihnen Wohnung und Essen bietet, wodurch persönliche Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, (3) die Illegalität dem Arbeitgeber zusätzlich die Möglichkeit bietet, die Ausbeutung zu verschärfen, Waren billiger herzustellen und somit seinen Gewinn zu steigern.

Politik: Vorschläge für die Stadt São Paulo

Unabhängig von den Antworten in den Interviews legt die vorliegende Untersuchung nahe, dass in São Paulo zur Bewältigung der internationalen Migration zwei Dinge am wichtigsten sind: (a) die fehlenden Papiere und (b) die Arbeitsverhältnisse, bei denen sogar von Sklavenarbeit die Rede ist. Zur Erörterung dieser Probleme

berief der Stadtrat von São Paulo 2005 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der Dokumente erarbeiten, auswerten und Untersuchungen anstellen sollte. Ziel waren konkrete Maßnahmen für die Verbesserung der Lage der Bolivianer, die teilweise Sklavenarbeit verrichten müssen. Der Ausschuss lud Vertreter aus den Geschäften Marisa, Riachuelo, Renner und C&A vor und verlangte von ihnen Aufklärung, „nachdem man ihre Etiketten in illegalen Werkstätten der Hauptstadt gefunden hatte“.²

Für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist Zwangs- oder Pflichtarbeit der am besten geeignete Begriff, um die Sklavenarbeit unserer Tage zu bezeichnen. Gemäß ILO-Übereinkommen 29 ist damit „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“ gemeint. Zwangsarbeit ist allgemein durch die Ausübung von Druck und die Verweigerung individueller Freiheit gekennzeichnet.

Genau genommen würde keine der für diese Untersuchung befragten Personen in diese Kategorie passen, denn niemandem wurde Strafe angedroht und sie haben sich freiwillig zur Verfügung gestellt. Trotzdem wird in der brasilianischen Presse immer wieder angeprangert, dass bolivianische Arbeitsmigranten in São Paulo Zwangsarbeit leisten müssen und dass sie schlecht behandelt werden.³ Darüber hinaus arbeiten nach Angaben des Pastoralzentrums für lateinamerikanische Migranten 12.000 der insgesamt 200.000 in der Hauptstadt des Bundesstaates São Paulo lebenden Bolivianer unter sklavereiähnlichen Bedingungen.

Angesichts dessen müssten Aufklärungskampagnen über das Arbeitsrecht in Brasilien gestartet und auch die Presse auf die negativen Auswirkungen aufmerksam gemacht werden, die eine Pauschalisierung der verschiedenen Fälle von sklavereiähnlicher Arbeit nach sich ziehen können.

Laut Feliciano (2004) müsste die Stadt São Paulo Informationskampagnen für lateinamerikanische Migranten durchführen, um: (a) sie vor den Risiken der illegalen Rekrutierung von Arbeitsmigranten zu warnen (besonders vor der Gefahr einer Versklavung und vor unmenschlichen Arbeitsbedingungen sowie der Möglichkeit der Abschiebung und Ausweisung), (b) die Migranten über ihre Rechte

im Sinne der Arbeitsgesetzgebung und über die Bedingungen für eine Legalisierung ihres Aufenthaltes in Brasilien im Sinne der Freizügigkeitsabkommen im MERCOSUR sowie des Ausländerrechts (Gesetz 6.815/80) und analoger Gesetze aufzuklären, (c) auf die Migranten einzuwirken, damit sie sich an die entsprechenden Behörden wenden – Staatsanwaltschaft für Arbeitsrecht, Bundesstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft des Bundesstaates, Regionale Arbeitsbehörde, Bundespolizei, Zivilpolizei, Militärpolizei – wenn der Verdacht auf sklavenähnliche Arbeitsverhältnisse und/oder unmenschliche Arbeitsbedingungen zu ihren eigenen Ungunsten oder zu Ungunsten Dritter besteht, wofür den Behörden die Adressen und Telefonnummern zu nennen sind, (d) das Ansehen der Militär-, Zivil- und Bundespolizei bei den lateinamerikanischen Migranten zu verbessern, um ihre Ablehnung zu verringern, aus der heraus sie keine Anzeige erstatten, was zur Versklavung der Arbeiter beiträgt, (e) eine Telefonnummer für anonyme Anzeigen (0800) zur Verfügung zu stellen.

Eine Möglichkeit, der „Prekarisierung“ der Arbeit in den Werkstätten entgegenzuwirken, die auch im Rahmen dieser Untersuchung als Wunsch von den Befragten formuliert wurde, ist die Entwicklung genossenschaftlicher Strukturen bei den bolivianischen Nähern. Es zeigte sich, dass die befragten Migranten Werkstattinhaber werden wollen. Doch die Existenz unzähliger kleiner Werkstätten in der Branche nimmt den Nähern die Chance, bessere Arbeitsbedingungen zu fordern oder einen Mehrwert zu produzieren. Letztendlich hoffen die Arbeiter auf die angebliche Chance, die sie in Brasilien gefunden zu haben glauben. Die Bildung von Genossenschaften würde eine Umstrukturierung der Arbeit und der Branche bedeuten. Gesellschaften, Netzwerke, Vereinigungen oder Genossenschaften zu gründen ist möglich, wie die Beispiele der Koreaner und der Sammler von recyclebarem Material in den Städten zeigen. Dies ist eine marginalisierte Tätigkeit mit extrem schlechten Arbeitsbedingungen, Bezahlung nach Menge und ohne garantierte Rechte. Dank der Genossenschaftsbewegung unter den Sammlern konnten Zwischenhändler ausgeschaltet und der Mehrwert in vielen Regionen, in denen man sich organisierte, erhöht werden. Ein ähnliches Modell könnten die bolivianischen Arbeiter in São Paulo entwickeln.

Politik: Vorschläge für die Grenzgebiete

An der Grenze Brasiliens liegen 588 Gemeinden. 30 davon haben eine Doppelgrenze (in neun brasilianischen Bundesstaaten und mit neun angrenzenden Ländern - Französisch-Guayana (1), Guyana (1), Venezuela (1), Kolumbien (1), Peru (2), Bolivien (4), Paraguay (7), Uruguay (6) und Argentinien (7)). Grenzstädte sind Ciudad del Este (Paraguay) / Foz do Iguazu (Paraná, Brasilien), Juan Pedro Caballero (Paraguay) / Ponta Porã (Mato Grosso do Sul, Brasilien). Politik zu gestalten ist daher außerordentlich schwierig. Für einen Konsens sind Vereinbarungen und Debatten über die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zwischen den jeweiligen Ländern, die auf beiden Seiten der Grenze involviert sind, und den dabei anfallenden Kosten, notwendig.

Bei der vorliegenden Untersuchung wurden vier soziale Bereiche herausgearbeitet, die für Einwanderer in Brasilien von besonderer Bedeutung sind und daher Ziel der Politik sein müssen: Der erste Bereich betrifft die Gesundheit. In den brasilianischen Grenzstädten werden auf Grund bilateraler oder trilateraler Abkommen Gesundheitsdienstleistungen angeboten, u. a. in Zusammenarbeit mit der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation. Dabei gibt es jedoch zwei Probleme: (a) Es wird keine mittel- und hochwertige Betreuung angeboten; (b) Die Zuwendungen, die Gemeinden erhalten, sind nicht flexibel, was vor allem für Gemeinden mit Saisonarbeit zum Problem wird. Durch diese saisonal eintreffenden Arbeitskräfte ändert sich auch die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen entsprechend; die Bundesstaaten müssten daher den Gemeinden in Ernte- und Pflanzzeiten höhere Zuwendungen zur Verfügung stellen.

Der zweite Bereich ist die Bildung. In Brasilien haben alle Zugang zur Grundschulbildung. Hier wurde das Projekt Grenzschulen entwickelt: zweisprachige Grundschulbildung in den öffentlichen Schulen an den Grenzen zwischen Brasilien und den anderen Ländern. Dies muss auf alle anderen Bereiche ausgedehnt werden.

Der dritte Bereich betrifft die Sozialfürsorge, insbesondere den Kampf gegen sexuelle und kommerzielle Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen und gegen den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Es gibt bereits das Städtepartnerschaftsprogramm⁴ und den Integrierten Aktionsplan gegen sexuelle Ausbeutung

von Kindern/Jugendlichen, an dem internationale Organisationen wie die ILO, die Regierung und Opferberatungsstellen beteiligt sind. Eine Arbeitsgruppe des MERCOSUR (AG Brasilien-Kolumbien) organisiert an der Grenze Tabatinga/Letícia seit 2006 Projekte zu den Themen Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen; Jugendliche im Konflikt mit dem Gesetz; Nahrungs- und Ernährungssicherheit, Unterernährung und Kindersterblichkeit; Erziehung von indigenen und nicht indigenen Kindern und Jugendlichen. Solche integrierten Programme müssen auf die gesamte brasilianische Grenze ausgedehnt werden. Ganz besonders müssen die Kinder weiter in die Schule gehen, wozu die Ausweitung des Programms zur Abschaffung von Kinderarbeit gehört.

Der vierte Bereich schließlich ist die soziale Sicherheit. Das am 14. Dezember 1997 in Montevideo unterzeichnete Multilaterale Abkommen des MERCOSUR über Soziale Sicherheit hat das Ziel, Arbeitsmigranten und ihren Familienangehörigen den Zugang zu den Sozialversicherungsleistungen zu gewährleisten, die auch den Bürgern des Landes zustehen, in dem sie sich aufhalten. Das Abkommen trat am 1. Juni 2005 in Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay in Kraft (Ministerium für Sozialversicherung, Juni 2005)⁵ und wurde am 13. März 2006 von der Bundesregierung verkündet.⁶ Die Diskussionen über die Umsetzung des Abkommens in Brasilien und den anderen MERCOSUR-Ländern müssen weitergeführt werden.

Fazit: Wichtigste Herausforderungen

Aus den obigen Darlegungen lässt sich unschwer erkennen, dass die Zuwanderung eine riesige Herausforderung für die öffentliche Verwaltung darstellt, woraus folgt, dass sich die Lösungsfindung durch verschiedenste Ministerien ziehen wird. Formell wird die Einwanderungspolitik durch den Nationalen Einwanderungsrat (CNI) koordiniert. Am stärksten und direktesten einbezogen sind das Ministerium für Arbeit und Beschäftigung, das Außenministerium, das Justizministerium, das Bildungsministerium, das Ministerium für Sozialversicherung, das Gesundheitsministerium, das Ministerium für soziale Entwicklung und den Kampf gegen den Hunger, das Sonderstaatssekretariat für Menschenrechte der Präsidentschaft der Republik und die Nationale Kommission für Bevölkerung und Entwicklung. Der Nationale Einwanderungsrat setzt sich aus neun Ministerien, fünf Gewerkschaftszentralen, fünf Arbeitgeberverbänden und einem Ver-

treter der Wissenschaftsgemeinschaft zusammen. Der Rat hat die offizielle Aufgabe, die Einwanderungspolitik zu formulieren. Er tut dies in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Beschäftigung, das für die Genehmigung der Anträge ausländischer Arbeitnehmer in Brasilien zuständig ist, dem Außenministerium, das die Visa im Ausland erteilt, und dem Justizministerium, das die Aufenthaltsbestimmungen im Land mit Hilfe der Bundespolizei oder der Ausländerbehörde regelt und Aufenthaltsverlängerungen oder Visumsänderungen vornimmt. Darüber hinaus ist das Thema der internationalen Migration auf den Tagungen und Foren des MERCOSUR⁷ besonders in den Grenzgebieten stets präsent. Daraus folgt, dass sich eine Reihe von öffentlichen Organen, Agenturen und nationalen und internationalen Organisationen (zum Beispiel ILO, UNESCO) mit der internationalen Migration befassen, was ihre Bewältigung äußerst komplex macht.

Trotz ihrer Bedeutung und Komplexität rückt die internationale Migration erst jetzt in den Blickpunkt der Regierung. Man kann nicht behaupten, dass es in Brasilien tatsächlich eine Politik für Aus- oder Einwanderer gibt. Der Nationale Einwanderungsrat ist zwar formell mit der Erarbeitung von Politiken beauftragt, ist jedoch nicht ausführendes Organ der von ihm formulierten Richtlinien. Er empfiehlt, gibt Anregungen, führt Gespräche, organisiert, hat aber weder die Instrumente noch das *enforcement*, seine Beschlüsse durchzusetzen. Wie in dieser Abhandlung erwähnt, ist die Ausdehnung der Sozialpolitik auf die jüngst Eingewanderten, d. h. ihr garantierter Zugang zu dieser Politik, einer der kritischsten Punkte für diese Menschen in Brasilien. Diese Politik hat an und für sich einen universellen Charakter, was aber nicht automatisch bedeutet, dass sie tatsächlich allen zugänglich ist. Diesbezüglich kann jedoch der Nationale Einwanderungsrat nichts tun, da nicht er für die Umsetzung der Politik zuständig ist, sondern die Ministerien. Andererseits bestehen eine Reihe von Abkommen im Rahmen des MERCOSUR, die bereits geschlossen wurden oder noch diskutiert werden, z. B. in Bezug auf den Aufenthalt und die Sozialversicherung. Darunter ist aber nicht zu verstehen, dass Migrationspolitik aus einer Ansammlung internationaler Abkommen bestehen könnte. Alles in allem liegt zwischen ihrer Formulierung und Umsetzung ein vielschichtiger Prozess, der die internationale Migration zur größten Herausforderung werden lässt. Auf diesem Weg steht Brasilien gerade erst am Anfang.

- 1] *Im August 2005 wurde ein Abkommen zwischen Brasilien und Bolivien über die Legalisierung des Aufenthalts von Menschen ohne gültige Papiere in beiden Ländern unterzeichnet. Nach Schätzungen des Justizministeriums hielten sich 60.000 Bolivianer illegal im Bundesstaat São Paulo auf (O Estado de São Paulo, 12.3.2006). Für die Legalisierung sollte ein Einwanderer eine Geldstrafe in Höhe von 828 R\$ (etwa 400 US-Dollar) – der Wert entspricht 100 Tagen illegalen Aufenthalts in Brasilien) zahlen. Zu diesem Wert kamen weitere Gebühren hinzu, wodurch das Dokument am Ende ungefähr 1.000 R\$ pro Person (etwa 500 US-Dollar) kostete. Trotz der Schwierigkeiten der Legalisierung haben etwa 10.000 Bolivianer bis Mitte April 2006 einen Antrag auf Aufenthalt in São Paulo gestellt. Von Juli bis Dezember 2009 erließ das Justizministerium 43.000 illegal in Brasilien lebenden Ausländern, darunter 17.000 Bolivianern – 16.300 allein im Bundesstaat São Paulo – die Strafe (Consultor Jurídico, 7.01.2010. Verfügbar unter <http://goo.gl/7twp>.*
- 2] *Vgl. „Comissão Parlamentar de Inquérito para Apurar a Exploração de Trabalho Análogo ao de Escravo nas Empresas, Regular ou Irregularmente Instaladas em São Paulo“. Verfügbar unter <http://goo.gl/XvIY>.*
- 3] *Insbesondere unter www.reporterbrasil.org.br.*
- 4] *Vorrangige Partnerstädte in der AG MERCOSUR (13 Gemeinden): Amazonas: Tabatinga (Kolumbien); Acre: Brasileia (Bolivien); Rondônia: Guajará-Mirim (Bolivien); Paraná: Pacaraima (Venezuela); Foz do Iguaçu (Paraguay und Argentinien); Mato Grosso do Sul: Corumbá (Bolivien); Ponta Porá (Paraguay); Bela Vista (Paraguay); Porto Murtinho (Paraguay); Rio Grande do Sul: Santana do Livramento (Uruguay); Uruguiana (Argentinien); Barra do Quaraí (Uruguay); Chuí (Uruguay).*
- 5] *Siehe <http://goo.gl/h6iC>.*
- 6] *Siehe http://www2.mre.gov.br/dai/m_5722_2006.htm.*
- 7] *Zum Beispiel das multilaterale Abkommen über soziale Sicherheit zwischen Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay (vom brasilianischen Senat 2001 gebilligt) und das Abkommen zwischen diesen Ländern über den Aufenthalt aus dem Jahre 2005. Die Bundesregierung verkündete 2009 die Dekrete Nr. 6.964 und 6.975 zur Umsetzung der Abkommen über den Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des MERCOSUR und des MERCOSUR mit Bolivien und Chile (assoziierte Staaten). Von diesen Abkommen erfasste Ausländer genießen gleiche bürgerliche Rechte in Brasilien. Pflichten und Garantien in Bezug auf das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht sowie das Recht auf Geldüberweisungen sind geschützt. Außerdem können sich alle Brasilianer, Argentinier, Paraguayer, Uruguayer, Bolivianer und Chilenen zwei Jahre lang in jedem Unterzeichnerstaat aufhalten, unabhängig davon, ob sie regulär oder irregulär eingewandert sind, wobei illegale Zuwanderer von Geld- oder anderen Verwaltungsstrafen befreit sind (Justizministerium, 04.11.2009. Verfügbar unter <http://goo.gl/Heta>).*

BIBLIOGRAFIE

AMARAL, Ernesto Friedrich und FUSCO, Wilson (2005), *Shaping Brazil: The Role of International Migration. Migration Information Source*. Verfügbar unter www.migrationinformation.org.
Daten vom 18.3.2006.

Associação Latino-Americana de Integração, verfügbar unter www.aladi.org.

Banco Central de Bolívia. Verfügbar unter www.bcb.gov.bo.

BASSANEZI, Maria Silvia, (1996), „Imigrações internacionais no Brasil: um panorama histórico“, in: *Emigração e imigração internacionais no Brasil contemporâneo*, ed. PATARRA, Neide, Bd. 1, S. 1-38. Campinas: FNUAP.

CARDOSO, Eliana. *Fábulas Econômicas*, (2006), Financial Times Prentice Hall (2007).

CARVALHO, José Alberto Magno de, (2005), *Migrações Internacionais do Brasil nas Duas Últimas Décadas do Século XX: Algumas facetas de um processo complexo, altamente desconhecido*. (mimeo). Belo Horizonte: Cedeplar/UFMG.

CARVALHO, José Alberto Magno de, (1996), „O saldo dos fluxos migratórios internacionais no Brasil na década de 80: uma tentativa de estimação“, in: PATARRA, Neide Lopes (ed.) *Migrações Internacionais, Herança XX, Agenda XXI*, ed., Bd. 2, S. 227-238. Campinas: FNUAP.

DECOL, René. *Relatório de pesquisa* (mimeo, 2007).

DOS ANJOS, Maria Anita. „Retrospectiva da economia brasileira nos últimos 45 anos“, in: *Revista FAE Business*, n. 4, Dez. 2002.

FELICIANO, Guilherme Guimarães (2004), „Sobre os caminhos institucionais para o combate ao trabalho escravo contemporâneo no âmbito dos Municípios“. Verfügbar unter <http://www1.jus.com.br/doutrina/texto.asp?id=6728>.

CNIg - Conselho Nacional de Imigração. Verfügbar unter www.mte.gov.br/cni.

IBGE. *Anuário Estatístico 2004*. Rio de Janeiro Instituto Nacional de Estatística – www.ine.gov.br.

Inter-American Development Bank (2004), „Sending Money Home: Remittances to Latin America and the Caribbean.“ Online verfügbar.

JINKINGS, Daniella. „Africanos representam 65 Prozent dos refugiados no Brasil“, in: *UOL Notícias Internacional*. Verfügbar unter <http://goo.gl/Teuw>. Daten vom 04.09.2010.

MARIN, Philip und Jonas Widgren, (2002), *International Migration: Facing the Challenge*. Washington, DC: Population Reference Bureau.

MARTES, Ana Cristina Braga. *New Migrants, New Land*. University of Florida Press, (2008) (prelo).

MARTES, Ana Cristina Braga und GONÇALVES, Oswaldo. „Gestão multicultural dos deslocamentos populacionais“, in: *Revista Brasileira de Relações Exteriores*, August 2008.

OLIVEIRA, Márcia, (2006), „A mobilidade humana na tríplice fronteira: Peru, Brasil e Colômbia“, in: *Revista Estudos Avançados 20 (57)*, Dossiê Migrações, Universidade de São Paulo.

SILVA, Sidney. „Fases da Latinidade Hispano-Americano em São Paulo“, in: *Textos NEPO Nr. 55*, Februar 2008.

STAVRIANOS, L. S., (1968), „The Global Redistribution of Man“, in: Franklin D. Scott (ed.), *World Migration in Modern Times*, S. 167-174. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.

TEITELBAUM, Michael S. (2005), „Intra- and international imbalances and migration“, in: *Proceedings of the International Conference Trends and Problems of World Population in the XXI Century*, Rome, 26-28 May 2005, ed. Antonio Golini. *Genus* 3-4 (66): S. 193-212.

SILVA, Sidney, (2006), „Bolivianos em São Paulo: entre o sonho e a realidade“, in: *Revista Estudos Avançados 20 (57)*, Dossiê Migrações, Universidade de São Paulo.